



Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,

sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien sowie meine Damen und Herren Zuhörer.

Das Jahr 2015 hat begonnen, der 1. Monat ist bereits wieder vorbei. Einiges hat sich in den 7 Wochen seit der 2. Lesung bewegt.

Eine große Delegation des Landkreises war beim Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) in Berlin um für den Weiterbau der B10 zu kämpfen. Herr Stöckle von der FWV hatte uns bei der 2. Lesung zum Haushalt alle mit der Möglichkeit der Vorfinanzierung der Brückenbauwerke überrascht. Diese Idee wurde von allen Fraktionen und auch der Landkreisverwaltung aufgenommen, in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses wurden die Mittel von 3. Mio. € für die Vorfinanzierung in den Haushalt eingestellt. Für unsere Fraktion war und ist es dabei wichtig, dass vertraglich geregelt wird, wie und wann die Rückzahlung an den Landkreis erfolgt. Wir hofften, dass mit diesem Entgegenkommen Tempo und vor allem eine Zusage in den Weiterbau der B 10 kommen sollte. Aber nun - Funkstille! Es wird geprüft, keine Antwort gegeben, wir hören aus dem Bundesverkehrsministerium dass bis 2017 alle Finanzmittel ausgeschöpft seien. Will der CSU Minister nicht? Am Geld allein kann es nicht liegen. Dann hätte die viel teurere Maßnahme Ortsumfahrung Mögglingen mit 67 Mio. € die auf der Priorisierungsliste des Landes im mittleren Bedarf angesiedelt ist nicht den Zuschlag erhalten dürfen. Die B 10 bis Gingen Ost war vom Land mit höchster Priorität bedacht worden. Uns stellt sich da schon die Frage nach welchen Kriterien die Mittelvergabe des Bundes beim Straßenbau erfolgt. Die 3 Mio. € für die Zwischenfinanzierung müssen auf jeden Fall im Haushalt bleiben.

Wir bedauern sehr, dass unser Antrag auf ein **Sozialticket** welches dem Seniorenticket zum Preis von 42.50€ gleichgestellt sein soll, keine Mehrheit fand. Wir betonen noch einmal: Wenn der Preis für ein Seniorenticket welches für alle Senioren unabhängig ihres Einkommens gilt auskömmlich ist und keinen Zuschuss erfordert, muss dies auch für ein Sozialticket Gültigkeit haben. Asylbewerbern, Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern mit diesem Ticket die Möglichkeit zur Teilhabe an Arbeit, sowie kulturellem und sozialen Leben zu ermöglichen, sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein. Wir haben allerdings den Eindruck, dass über das Sozialticket nachgedacht wird und wir verspüren nicht nur Ablehnung. Wir versichern Ihnen, dass wir nicht locker lassen und das Thema immer wieder ansprechen werden.

So zum Beispiel auch beim **Nahverkehrsplan**.

Mit dem Beschluss vom UVA am 13.01.diesen Jahres hatten wir gedacht, dass Bewegung in diesen käme. Jetzt wissen wir, dass qualifizierte Stellungnahmen Zeit benötigen und noch Abstimmungsbedarf zwischen Gremien, Eltern und Schulen besteht. Ein Beschluss zum Nahverkehrsplan wird nun frühestens im Sommer oder gar im Herbst dieses Jahres erfolgen. Wir hoffen nun sehr, dass die Umsetzung der Linienbündel keinen langen und zähen Kaugummi ergibt.

Wie es momentan aussieht wird sich die Sache bis zum Fahrbahnwechsel 01.01.2018 ziehen. Dynamik und Tempo sehen anders aus. Die Änderungen im Nahverkehrsplan bieten gute Chancen und Perspektiven für einen attraktiven und vertakteten Personennahverkehr. Einige Raumschaften werden deutlich mit besseren Anbindungen bedient werden. Eine zeitliche Verschiebung und Verzögerung wird die Akzeptanz des Planwerks nicht erhöhen. Die Zielstellung „ Qualität vor Geschwindigkeit“ mag richtig sein, besser wäre allerdings „Qualität **und** Geschwindigkeit“.

Die Erfahrung hat mich schon oft gelehrt, dass endlose Debatten und Abwägungen selten die besseren Ergebnisse bringen, sondern so manch guter Ansatz auch zerredet wurde.



Wichtig ist für unsere Fraktion den Beitritt zum VVS parallel zum Nahverkehrsplan zu betreiben. Optimal wäre es, wenn beides zu gleicher Zeit möglich wäre – die Umsetzung des Nahverkehrsplan mit dem Beitritt zum VVS.

Unser Landkreis hat noch einige Baustellen:

Ein funktionierender, auf den Bahnverkehr vertakteter ÖPNV ist dafür ein wichtiger Baustein. Ebenso müssen wir alle Anstrengungen unternehmen einen S-Bahn ähnlichen Verkehr in den Landkreis Göppingen zu bekommen.

Nur mit Hochglanzbroschüren zum Radverkehr und Tourismus ist es nicht getan. Wir müssen mit Entschlossenheit hinter den vor uns stehenden Maßnahmen stehen.

Von diesen haben wir einige vor uns:

Landratsamt 2015+

Klinikneubau

und wie bereits ausgeführt den Personennahverkehr

Wie bereits in der Rede zum HH ausgeführt ist die Finanzierung dieser Maßnahmen ein wichtiger Bestandteil der Kreispolitik. Wir erwarten mit großer Spannung das angekündigte Finanzkonzept. Dies hat auch Peter Feige bereits im Januar 2013 in der Rede zur 3. Lesung in beinahe gleichem Wortlaut so ausgeführt.

Die Kostenberechnung für den Klinikneubau soll uns bis Ende 2015 vorliegen. Die Vorbereitungen für diese Schätzung laufen bereits auf Hochtouren.

Auch die Planungen zum LRA 2015+ sind in vollem Gange.

Im Sozialbereich beschäftigt die Flüchtlings- und Asylsituation die Mitarbeitenden des Landratsamtes. Die demographische Entwicklung stellt den Landkreis vor neue Herausforderungen.

Es gilt den Bevölkerungsrückgang zu stoppen, den Landkreis für die seitherigen Bewohner aber auch für neue Bewohner attraktiv zu gestalten. Dazu gehören neben Wohnraum gute Arbeitsplätze, ansprechende Einkaufsmöglichkeiten und ein vielseitiges kulturelles Angebot.



Die Förderung und Unterstützung von Industrie und Gewerbe ist ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor. Um Absolventen unserer Hochschulen und die Abgänger unserer hervorragenden beruflichen Schulen zu halten, sollten wir uns Gedanken um ein Gründerzentrum im Landkreis machen.

Diese Aufgaben fordern selbstverständlich auch personelle Ressourcen.

Wir werden dem Stellenplan in diesem Jahr so zustimmen. Wir bitten aber die Verwaltung künftig genau zu prüfen ob mit jeder neuen Aufgabe auch eine neue Stelle geschaffen werden muss, oder ob durch Rationalisierung oder wegfallen von Aufgaben Kapazitäten frei werden die entsprechend eingesetzt werden können.

Ich komme nun zum Thema Kreisumlage. Bei der Einbringung des HH 2015 wurde von der Verwaltung ein Hebesatz von 37.5 Punkten vorgeschlagen, die Bürgermeisterversammlung bat darum den Hebesatz auf 36,5 Punkte zu senken.

Wir werden dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses folgen die Kreisumlage bei 37,0 Punkten zu belassen.

Die SPD Fraktion ist der Meinung dass dieser Hebesatz durchaus auskömmlich ist. Da bereits in 10 Monaten der Haushalt 2016 eingebracht wird und der Kreistag diesen am 12.12.2015 verabschiedet, werden die Finanzen in dieser Zeit ausreichend sein.

Die Kommunen werden mehr Finanzmittel für das laufende Jahr zur Verfügung haben und diesen sind wir auch verpflichtet.

Mit Spannung und großem Interesse sehen wir den Aufgaben und Herausforderungen diesen Jahres entgegen.

Die SPD Fraktion sichert sowohl der Landkreisverwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen des Kreistags eine kritische, offene und kreative Zusammenarbeit zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

